

Eroberung des Staates, Unterordnung der Gesellschaft: Eine kurdische Perspektive auf die Entwicklung des AKP-Autoritarismus in der Türkei¹¹³

Joost Jongerden

Joost Jongerden: *Eroberung des Staates, Unterordnung der Gesellschaft: Eine kurdische Perspektive auf die Entwicklung des AKP-Autoritarismus in der Türkei*. In: Joost Jongerden, Ahmet Hamdi Akkaya: *Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung – Gesammelte Texte zur Einführung in Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt am Main: Westend 2022. DOI: <https://doi.org/10.53291/CHER1284>

Einleitung

Die Putschnacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 war in Diyarbakır eine ruhige Nacht. Viele Menschen klebten gebannt am Fernseher und verfolgten die Live-Übertragungen aus dem westlichen Teil des Landes, wo das Militär offenbar einen Putschversuch unternahm. Sehr bald wurde klar, dass die Regierung der Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung, AKP) über ausreichende Unterstützung durch die Armee und andere Sicherheitskräfte verfügte. Außerdem war es ihr gelungen, ihre Anhänger:innen zum Widerstand gegen den Aufstand auf die Straße aufzurufen. Während in Ankara und Istanbul tödliche Feuergefechte im Gange wa-

113 Dies ist eine leicht überarbeitete Version von Jongerden, Joost: „Conquering the state and subordinating society under AKP rule: a Kurdish perspective on the development of a new autocracy in Turkey“, in: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*, 21:3, 2019, S. 260–273, DOI: 10.1080/19448953.2018.1497751.

ren, standen die Menschen in Diyarbakır Schlange vor den Lebensmittelgeschäften, die beliebig öffneten. Aus Angst vor einer Ausgangssperre legten sie sich Vorräte an Lebensmitteln an.

In den folgenden Tagen blieb es im Südosten ruhig, während die Menschen in den Städten von Trabzon im Nordosten bis Izmir an der Ägäis dem Aufruf der AKP folgten, sich zu einer „Demokratiewache“ (*demokrasi nöbeti*) zu versammeln. Diese „Wachen“ wurden ausgerufen, um die Straßen für sich zu beanspruchen, wie es auch in einer in der Nacht des Putsches verschickten Textnachricht der AKP hieß:

„Liebe Kinder der türkischen Nation. Diese Aktion ist ein Putschversuch gegen die Nation, bei dem Panzerfahrzeuge und Waffen des Staates in Ankara und Istanbul beschlagnahmt werden und so getan wird, als seien wir in den 1970ern. Ehrenhafte türkische Nation, tretet ein für die Demokratie und den Frieden: Ich rufe euch auf die Straßen gegen diese Aktion dieser kleinen Belegschaft, welche sich gegen die türkische Nation gestellt hat. Tretet ein für den Staat und für die Nation.“¹¹⁴

Aufrufe zum wachsamem Widerstand gegen die Putschisten erfolgten nicht nur durch den Parteiapparat der AKP, sondern auch durch Anweisungen des Präsidiums für religiöse Angelegenheiten (Diyanet İşleri Başkanlığı) an 85 000 Moscheen über die *ezan*-Gebetsrufe (die täglichen Gebetsrufe, die in der Regel zu festen Zeiten während des Tages erfolgen) und *selâ*-Gebetsrufe (die in der Regel gerufen werden, wenn jemand aus der Gemeinde verstorben ist). Auf diese Gebete folgten Aufrufe, auf die Straßen zu gehen – um Gottes, Mohammeds, Erdogans und des Staates Willen.

114 <https://www.theverge.com/2016/7/16/12205698/turkey-uprising-text-message-sms-streets-democracy> (abgerufen am 09.10.2017).

Die sogenannten „Demokratiewachen“ im Westen der Türkei zogen eine Reihe von Menschen an, die gegen die Gewalt protestieren wollten, aber ein großer Teil derjenigen, die anfangs im Namen der Wachsamkeit gegen die Putschisten und später zur Konsolidierung und Feier des Sieges auf die Straße gingen, stammte aus einem konservativen islamistischen Teil der Bevölkerung. Also einer Bevölkerung, die unter der kemalistischen Herrschaft zum Schweigen gebracht worden war und immer noch eine Rückkehr zum repressiven säkularen Staat fürchtete (Cizre 2016; Esen und Gumuscu 2016). Am 10. August, also nach drei Wochen, demobilisierte Erdoğan die Straßen, als er die Wachen beendete. Stattdessen scheint Erdoğan sein Vertrauen in die privaten Sicherheitsdienste gesetzt zu haben, die unter der AKP-Herrschaft als „Gewaltinstrument unter staatlicher Vormundschaft“¹¹⁵ boomten und daher als zuverlässigeres Machtinstrument angesehen wurden als „die Straße“.

In Diyarbakır blieben die Folgen des Putsches nicht un bemerkt. Offizier:innen des Militärflughafens in der Stadt wurden wegen mutmaßlicher Beteiligung an dem Komplott in Gewahrsam genommen. Es gab auch verschiedene Gerüchte über die Inhaftierung von Polizist:innen wegen Verbindungen zu der für den Putsch verantwortlichen Gülen-Organisation, während andere von der Körpersprache der Beamten berichteten, die versuchten, sich unsichtbar zu machen, bevor sie verschwanden. Noch könnte man dies als eine Abmachung innerhalb der staatlichen Institutionen betrachten. Die im Fernsehen übertragenen Ereignisse wurden für die Menschen in der Region erst eine Woche später zur bitteren Realität, als in Diyarbakır riesige, staatlich gesponserte Plakate mit der Aufschrift „Biz milletiz, Türkiye’yi Darbeye Teröre Yedirmeyiz“ (Wir sind die Nation, wir lassen keinen Putsch oder Terror in der Türkei zu) auf den

115 <http://www.al-monitor.com/pulse/en/originals/2016/06/turkey-private-security-companies-on-the-rise.html> (abgerufen am 09.10.2017).

Straßen erschienen. In anderen Städten der Region wurden ähnliche Großplakate angebracht. Dies ging einher mit Razzien gegen die von der Halklarin Demokratik Partisi (Demokratische Volkspartei, HDP) und der Demokratik Böğeler Partisi (Partei der demokratischen Regionen, DBP) organisierten Wachen unter dem Motto „Darbelere Hayır, Demokrasi ve Barış Hemen Şimdi“ (Nein zum Putsch, Demokratie und Frieden jetzt sofort). In diesen Mahnwachen wurde der Widerstand gegen den Putsch nicht mit einem sogenannten Krieg gegen den Terror, sondern mit der Wiederaufnahme von Gesprächen mit der PKK zur Lösung der kurdischen Frage verbunden.¹¹⁶

Im staatlichen Diskurs wurde der Putsch mit Fetullah Gülen und seiner Bewegung gleichgesetzt, ein dehnbarer Begriff. „Terror“ war der andere dehnbare Begriff. Dieser bezog sich bereits auf die illegale Partiya Karkerên Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans, PKK) und fasste nun auch die legale kurdisch orientierte HDP und viele Berufsverbände, Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen, die im Kampf für die kurdischen Bürgerrechte und die Demokratisierung der Türkei aktiv sind, in ihr Netz. Nicht nur die Gülenist:innen, sondern auch die Kurd:innen wurden eindeutig als außerhalb des „Volkes“ oder des „Wir“ stehend definiert. Sie waren die Verräter:innen, Separatist:innen, Krebsgeschwüre und Viren,¹¹⁷ die in der staatlichen Reaktion auf den Putsch eingefangen werden mussten, eine Reaktion, die massive Säuberungen mit Inhaftierungen und Verhaftungen, die Schließung von Schulen, Universitäten, Medien und zivilgesellschaftlichen Gruppen, die Beschlagnahmung von Unternehmens- und Privatbesitz sowie staatliche Machtübernahme in den Kommunalverwaltungen des Südostens umfasste.

116 <https://bianet.org/english/politics/177508-police-raid-on-no-to-coup-watch-of-hdp-dbp> (abgerufen am 09.10.2017.)

117 See: <http://www.bbc.com/news/world-europe-36818401> (abgerufen am 09.10.2017.)

Diese Maßnahmen nach dem Putsch wurden sowohl als Schritt in Richtung Demokratie (İçener 2016) als auch als Bestätigung eines Rückschritts bei den Bürgerrechten und Freiheiten bewertet (Esen und Gümüşçü 2016; Somer 2016 und 2017). Indem die Maßnahmen nach dem Putsch in den Kontext eines Prozesses gestellt werden, der bereits lange zuvor begonnen hat, wird dieser Artikel von einem „organisatorischen Putsch“ sprechen: einem ausgedehnten Prozess der offenen und (teilweise) illegalen Befehlsgebung innerhalb des Staatsapparats (Zald und Berger 1978), der nicht nur auf persönlicher, sondern auch auf institutioneller Ebene durch eine Machtkonzentration in den Händen der Exekutive erfolgt. Hinzu kommen die Eindämmung und Zurückdrängung der pro-kurdischen Bürgerrechtsbewegung und der Sturz der von ihnen gewählten lokalen Verwaltungen.

Narrative des Putsches

Bei den Putschereignissen im Juli 2016 kamen innerhalb weniger Stunden rund 300 Menschen ums Leben und weitere 1 400 wurden verletzt. Die Gruppierungen innerhalb der türkischen Streitkräfte, die sich selbst als „Rat für den Frieden in der Heimat“ (Yurtta Sulh Konseyi) bezeichneten und versuchten, den Präsidenten zu stürzen, bedienten sich der kemalistischen Rhetorik, eine historische Wächterrolle zu übernehmen. Gruppierungen innerhalb der türkischen Streitkräfte, die sich als Hüter der Republik und ihres kemalistischen Erbes sahen, hatten bereits mehrere Putsche durchgeführt – sie kamen in den Jahren 1960, 1971 und 1980 an die Macht und erzwangen einen Regierungswechsel im Jahr 1998 – sowie mehrere weitere Putschversuche (Ahmad 1993). In einer öffentlichen Erklärung nannte der „Rat für den Frieden in der Heimat“ als Gründe für den Putsch eine Aushöhlung des

Säkularismus, die Abschaffung der demokratischen Ordnung, die Missachtung der Menschenrechte und einen Verlust der internationalen Glaubwürdigkeit. Obwohl Erdoğan und seine Anhänger:innen sofort Gülen beschuldigten, der Drahtzieher des Putsches zu sein, schwor der Rat dem Gründer der Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, die Treue. Der Name des Rates leitet sich von Atatürks Aphorismus „Frieden in der Heimat, Frieden in der Welt“ (*Yurtta sulh, cihanda sulh*) aus dem Jahr 1931 ab, der zum Slogan der türkischen Landstreitkräfte geworden war. Dieser scheinbar unschuldige und universelle Spruch impliziert auch die Wahrung der nationalistischen Vorstellung von der Türkei als einem homogenen Nationalstaat mit einer klaren türkischen Identität (Karaosmanoglu 2000). Doch das Narrativ löste sich auf, noch bevor es artikuliert werden konnte. In der Zeit nach den Ereignissen des 15. Juli tauchten zwei weitere Narrative auf. Das erste setzt den Putsch mit Gülen und seiner Organisation in Verbindung, die heute in der öffentlichen Wahrnehmung als „Fethullah-Terrororganisation“ (*Fethullah Terör Örgütü*, kurz FETÖ) und früher als „parallele Staatsstruktur“ (*Paralel Devlet Yapılanması*, PDY) bezeichnet wurde – und betrachtet das Durchgreifen und die Säuberungen als notwendige Katharsis (Gürcan und Gisclon 2016; İçener 2016).

Die Gülenisten, die der AKP zuvor die gebildeten Kader zur Verfügung gestellt hatten, welche dann den Kemalisten die Kontrolle über die institutionellen Regierungsorgane entrissen, hatten sich nach 2011 von Partnern in Verräter verwandelt, als sie versuchten, Erdoğan durch Korruptionsermittlungen kaltzustellen, was schließlich am 17. Dezember 2013 zur Verhaftung von 52 Personen aus dem Umfeld von Erdoğan führte. Der Konflikt zwischen den Anhänger:innen von Gülen und Erdoğan entwickelte sich zu einem offenen Krieg. Erdoğan tat die Korruptionsermittlungen als Putschversuch ab und reagierte mit der Entlassung von Gülenisten aus Justiz und Polizei. Nach dieser Lesart war der Putsch vom 15. Juli 2016 ein letzter, ver-

zweifelter Versuch der Gülenisten, den Staat, für den sie so lange gearbeitet hatten, endlich zu erobern. Während die Gülenisten als interne Bedrohung im zentralen, top-down arbeitenden Staatsapparat betrachtet werden, gilt die kurdische Bewegung als die Bottom-up-Bedrohung. Hier erstreckt sich der Kampf gegen den Terrorismus auf seine vermeintlichen legalen kurdischen Vertreter:innen – wie der HDP –, die versuchen, die „natürliche“ (islamische, türkische Staatsbürgerschaft) Brüderschaft von Türk:innen und Kurd:innen zu spalten. In diesem Narrativ wird die HDP ebenso wie die PKK als das separatistische „Andere“ betrachtet. Das zweite Narrativ sieht in der Reaktion auf den Putsch einen Zusammenbruch der Demokratie in der Türkei und das Aufkommen einer neuen Form des Autoritarismus. In dieser Lesart wird sogar der Wahrheitsgehalt der Ereignisse in der Julinacht infrage gestellt und der Vorwurf erhoben, es handle sich um eine von ganz oben geplante False-Flag-Operation. Bereits in den ersten Stunden nach dem gescheiterten Putschversuch kursierten in der Twitter-Welt Verschwörungstheorien. Die neue Ordnung, die damit eingeführt wurde – sei sie nun geplant oder aber die Ausnutzung einer vom Himmel gegebenen Gelegenheit (in den Worten von Präsident Recep Tayyip Erdoğan ein „großes Geschenk Gottes an uns“ [*Allah'ın bize büyük bir lütfü*]) –, wird als demagogische Diktatur betrachtet.¹¹⁸ Sie ist partikularistisch, personalisiert und massenbasiert und beinhaltet eine (weitere) tiefgreifende Aushöhlung der institutionellen Kontrolle der Exekutivgewalt, eine Schwächung der Trennung zwischen Staat und Partei, eine Einschränkung der Freiheit und eine Verzerrung des Wahlspielfelds (Sommer 2017, 2). Der Putsch, so wird argumentiert, führte zu einem Gegenputsch (Baydar 2016; Gunter 2016). Wenn ein Putsch der Versuch von Eliten innerhalb des Staatsapparats ist, die amtierenden Behörden ab-

118 Erdoğan's Worte wurden in den frühen Stunden des Sonntags nach dem Putsch im nationalen Fernsehen live übertragen, als er sich an die Menschenmasse wendete, die sich am Flughafen in Istanbul für seine Ankunft versammelt hatte.

zusetzen (Powell und Thyne 2011), könnten die Maßnahmen nach dem Putsch ebenfalls als Putsch charakterisiert werden, da sie darauf abzielten, die Judikative und die Legislative durch die Exekutive zu entmachten, ausgeführt unter dem Deckmantel einer Säuberung von Gülenisten, was darüber hinaus auch einen Teilputsch beinhaltet, der sich unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung gegen die gewählten kurdischen Kommunalbehörden im Südosten richtete.

Was die beiden Narrative über den Verlauf der Ereignisse nach dem Putsch im Juli 2016 verbindet – als notwendige Katharsis, um den Staat von denjenigen zu reinigen, die die organische Beziehung zwischen „dem Volk“ und seinem Anführer untergraben hatten, oder als Gegenputsch (Baydar 2016; Gunter 2016) –, ist die Vorstellung eines klaren Bruchs zwischen der Zeit vor und nach dem Putsch. Die hier vertretene Auffassung geht jedoch von einem Kontinuum aus; die Ereignisse nach dem Putsch können vielmehr als Höhepunkt, als sichtbarer Ausdruck eines organisatorischen Putsches betrachtet werden, einer Übernahme der Staatsmacht aus dem Inneren des Staates durch Infiltration, die lange vor dem Juli 2016 begonnen hatte (Zald und Berger 1978).

Im Vorfeld der Abstimmung über das Präsidialsystem und einer Ermächtigung der Exekutive verabschiedete das Parlament (am 20. Juli) die Verhängung des Ausnahmezustands, der verfassungsmäßig auf drei Monate befristet war. Dieser Ausnahmezustand wurde seitdem nach Ablauf jedes weiteren Zeitraums verlängert, um einen unbefristeten Ausnahmezustand zu schaffen¹¹⁹. Die Einführung des Ausnahmezustands läutete die erwartete Säuberung ein – Listen mit Tausenden von Personen waren offenkundig bereits vorbereitet worden (Communities 2007; Cizre 2016 und 2017; Europäische Kommission 2016; Amnesty

¹¹⁹ Der Ausnahmezustand endete am 18.07.2017, als die letzte Verlängerung abgelaufen war. Unter dem neuen Präsidialsystem wird der Präsident jedoch in der Lage sein, per Dekret zu regieren.

International 2016 und 2017; Regnard 2016; Human Rights Watch 2016a, 2016b, 2017a und 2017b; Centre for Policy Research on Turkey 2017). Das harte Durchgreifen umfasste Säuberungen bei Militär, Polizei, Richter:innen, Staatsanwält:innen und anderen Beamte:innen, aber auch bei Akademiker:innen, Lehrer:innen und Ärzt:innen; Universitäten, Wohnheimen, Schulen, Radios, Zeitungen, Nachrichtenagenturen, Fernsehsendern, Zeitschriften, Verlagen, Essensausgaben und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft wurden geschlossen, Unternehmen enteignet und lokale gewählte Verwaltungen gestürzt und durch AKP-Verwalter:innen ersetzt.

Das Ausmaß, in dem Menschen in der Türkei seit Juli 2016 verfolgt werden, scheint beispiellos zu sein. So wie ein bedeutender Teil der Bevölkerung in der Vergangenheit die militärischen Interventionen und Zwischenspiele (1960–1961, 1970–1973 und 1980–1983) nicht als zu repressiv oder als Scheitern empfunden hat (Demirel 2005; Ahmad 1993; Zürcher 2004), können die ergriffenen Maßnahmen heute auf die Zustimmung eines bedeutenden Teils der Bevölkerung im westlichen Teil der Türkei zählen. Diese Missachtung der Demokratie in Kombination mit einem „Appetit auf Rache“ (Cizre 2017) erklärt die Unterstützung für die weitreichenden Maßnahmen und Erdogans Streben nach einem mächtigen exekutiven Präsidialsystem. In Verbindung mit der Überzeugung eines großen Teils der Bevölkerung, dass die Kosten für die Aufhebung demokratischer Verfahren und die Einführung einer starken Exekutive nicht allzu hoch seien, hatte Erdoğan selbst erklärt, eine Abkehr von der Demokratie sei notwendig. Er beschwor das Schreckgespenst der dysfunktionalen Koalitionsregierungen der 1990er Jahre in Kombination mit Bedrohungen für die Nation herauf, indem er die AKP als „Hüter des Friedens und der Freiheit“ (*Barışın fedai-leri biziz, özgürlüklerin fedaisi biziz*) darstellte. Erdogans Spitzname „Reis“, der „Kapitän“ oder „Anführer“, fand Eingang in den öffentlichen Diskurs und wurde sorgfältig gefördert, indem

an seinem Geburtstag ein teures Biopic mit demselben Namen in die Kinos kam.¹²⁰ Das strukturelle Erbe der kemalistischen Vergangenheit wird nicht nur durch die Verkörperung des Staates in seinem Anführer, der von Mustafa Kemal zu Recep Tayyip Erdoğan wechselte, sondern auch in diesem Ehrentitel zum Ausdruck gebracht, wobei *Reis* eine Parallele zu *Ata* für den Vater der Nation darstellt (Akyol 2016).

Die Eroberung des Staates

Ein organisatorischer Staatsstreich ist keine Machtergreifung von außen, sondern eine Machtübernahme von innen und eine schrittweise Unterwanderung des Staates, um eine unerwartete Nachfolge oder einen Regimewechsel zu bewirken. Der organisatorische Staatsstreich innerhalb des Zentralstaates der Türkischen Republik vollzog sich in einem zweigliedrigen Prozess. Erstens wurden Ernennungen auf der Grundlage von Loyalität vorgenommen, anfangs eine Loyalität gegenüber der AKP, aber zunehmend gegenüber Erdoğan selbst, der seine ehemaligen AKP-Kollegen ins Aus beförderte. Einige von ihnen, so argumentierte er, seien aus Profitgründen beigetreten, aber waren nicht aufrichtig. In Erdoğan's wortgewaltiger Sprache waren sie Profiteure, die vom Zug abgesprungen waren, als dieser auf dem Markt ankam.¹²¹ In der Tat: „Die Partei wird stark, indem sie sich von opportunistischen Elementen säubert“, wie Stalin argumentierte.¹²² Heute ist Erdoğan die Partei geworden und die Partei Erdoğan. Zweitens wurden institutionelle Veränderungen vorgenommen, um diejenigen zu schwächen, die als Gegner

120 Siehe zum Beispiel die Berichterstattung in der Zeitung Sabah vom 07.11.2017.

121 <http://www.mynet.com/haber/politika/erdogan-pazara-kadar-geldiler-sonr-trenden-indiler-3019591-1> (abgerufen am 09.10.2017).

122 <https://www.marxists.org/reference/archive/stalin/works/1924/foundations-leninism/ch08.htm>; (abgerufen am 09.10.2017).

angesehen werden, und beide wurden von einer Fraktion innerhalb des Staates mit dem Ziel durchgeführt, den Staat zu übernehmen. Aus dieser Perspektive waren die Ereignisse in der Nacht des 15. Juli 2016 eine Reibung oder ein Bruch, der in einen schleichenden Putschprozess hineinwirkte und ihn schließlich beschleunigte. Sie boten Erdoğan den Vorwand, sich von den Verbindungen zu denjenigen zu lösen, deren Loyalität er anzweifelte, und auf einen institutionellen Wandel zu drängen, der ihn von den lästigen Unannehmlichkeiten der Scharade einer parlamentarischen Regierung befreien würde. Schließlich würden sie seine Vision eines mächtigen Präsidenten zum Leben erwecken und die Trennung von Exekutive, Judikative und Legislative aufheben. Obwohl die ambitiös expansive Außenpolitik in Rückschlägen von Ägypten bis Syrien gescheitert war und damit die Verwirklichung der umfassenden neo-osmanischen Vision blockierte, konnte Erdoğan immer noch Sultan der Republik sein.

Als die AKP 2002 auf nationaler Ebene an die Macht kam, zielte ihre Reformagenda darauf ab, die säkularen Eliten zu verdrängen, zu ersetzen und zu säubern; der Partei ging es eher um die Übernahme des Staates als um seine Demokratisierung (Sommer 2017). Und sie tat dies mit Hilfe der Gülen-Bewegung. Die Säuberung der Gülenisten, der kemalistischen Nachfolger, nach dem Putsch 2016 versucht, innerhalb weniger Monate das wieder rückgängig zu machen, was die AKP-Partei über anderthalb Jahrzehnte hinweg aufgebaut hatte (Toksöz 2016). Es wird oft davon ausgegangen, dass die Reformagenda der Türkei aus einer dreiteiligen Periodisierung besteht, bei der zwischen den „goldenen Jahren“ (1999–2006), einer „Verlangsamung“ (2007–2013) und einem „Rückfall“ (2013–) unterschieden wird, wobei die von der AKP verabschiedeten Reformen immer in erster Linie darauf ausgerichtet waren, ihre Kontrollspanne zu erweitern (Müftüler-Baç 2016). Man kann nicht wirklich behaupten, dass die türkische Reformagenda jemals von einem politischen

Willen zu einer grundlegenden Neuausrichtung des Staates auf seine Bürger ausging. Während die Reformagenda der „goldenen Jahre“ mit dem Vorantreiben der türkischen Bewerbung um die EU-Mitgliedschaft von 1999 bis zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen im Jahr 2005 verbunden zu sein schien, stand sie in Wirklichkeit eher im Zusammenhang mit dem Machtkampf zwischen der islamistischen und neoliberalen AKP und der säkularen und etatistischen kemalistischen Elite. Obwohl die AKP-Regierung international als eine Kraft der Demokratisierung in der Türkei angesehen wurde, sollte ihr anfänglicher Kampf mit der nationalistischen Elite nicht mit einem liberalen Pluralismus verwechselt werden, da er eher durch einen Machtkampf motiviert war (Bahcheli und Noel 2010; Cinar 2010).

Nach den Wahlen von 2011 proklamierte Erdoğan den Beginn einer neuen Ära der Herrschaft, seiner Herrschaft („*Yarım üstalık dönemi başlıyor*“).¹²³ Dies ging einher mit einer Auslöschung der institutionellen Kontrollen der Exekutivgewalt, einer Schwächung der Unterscheidung zwischen Staat und Partei und einer Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten (Sommer 2016) – eine Entwicklung, die ihren Höhepunkt im Präsidialsystem findet. Seit er 2014 Präsident wurde, hat sich Erdoğan nie von einer aktiven politischen Rolle zurückgezogen, wie es die Verfassung verlangt. Obwohl er die formalen Anforderungen befolgte und nach seiner Wahl aus der Partei austrat, hat er sich ständig parteipolitisch engagiert. Aufgrund der Kontrolle der AKP über das Parlament und seiner unangefochtenen Kontrolle über die Partei (die er in dieser Zeit noch verstärkte) konnte er als effektiver Chef der Exekutive agieren und vom Palast aus ein Parallelkabinett führen. Dies machte seine Macht von den Wahlerfolgen der AKP abhängig (Esen und Gümüşçü 2016). Mit dem Präsidialsystem, das nach dem Referendums-

123 Siehe <http://www.akpartituzla.com/habergoster.aspx?ID=1420> (abgerufen am 09.10.2017).

beschluss eingeführt werden soll, wird sich nun ein politisches System entwickeln, dem es schlichtweg an den notwendigen Kontrollen und Gegengewichten zum Schutz vor autoritärer Herrschaft fehlt (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht 2017).¹²⁴

Im neuen System hat der Präsident die Vorherrschaft über die Justiz und die Kontrolle über die Ernennung von Richter:innen und Staatsanwält:innen. Dies stand im Einklang mit früheren Reformen wie der Justizreform von 2014, bei der die AKP die Kontrolle des Justizministers über die Justiz verstärkte und etwa 3 000 amtierende Richter:innen absetzte, anstatt den lang erwarteten Schritt zu einer unabhängigeren und unparteiischen Justiz zu vollziehen (Bermeo 2016). Eine der ersten Maßnahmen nach dem Putschversuch richtete sich auch gegen die Justiz, wo viele Mitglieder entlassen wurden, darunter zwei der 17 Mitglieder des Verfassungsgerichts, während zehn der 22 Mitglieder des Disziplinarorgans des türkischen Rechtssystems, des Hohen Rates der Richter:innen und Staatsanwält:innen, inhaftiert wurden. Mit anderen Worten: Die Unterordnung der Justiz unter die Exekutivgewalt des Präsidenten vollendet einen Prozess, der offenkundig vor mindestens drei Jahren begonnen hat – obwohl er durch die gülenistische Unterwanderung schon lange in Gang war.

Darüber hinaus verleiht das neue Präsidialsystem dem Präsidenten die unkontrollierte Macht, Vizepräsidenten, Minister:innen und hohe Staatsbeamt:innen zu ernennen oder zu entlassen. Der Präsident kann per Dekret im Namen des Parlaments Gesetze erlassen und den Haushaltsplan der Präsidentschaft ohne Zustimmung des Parlaments festlegen. Er kann das Parlament nach Belieben auflösen. Das Parlament hat nicht

124 European Commission For Democracy Through Law, V.C., *On the Amendments on the Constitution Adopted by the Grand National Assembly on 21 January 2017 and to be Submitted to a National Referendum on 16 April 2017*, Strasbourg, Council of Europe, Strasbourg, 2017.

länger die Befugnis, die Exekutive – den Präsidenten, die Vizepräsidenten und die Minister – zu kontrollieren, und verliert seine Befugnis, Misstrauensanträge gegen die Regierung und ihre Beamt:innen zu stellen (es hat das Recht, schriftliche parlamentarische Anfragen an die Vizepräsidenten und Minister zu stellen, aber nicht an den Präsidenten) (Human Rights Watch 2017c). Auch wenn die Notwendigkeit einer Gesetzgebung per Dekret durch die Notstandsbefugnisse weitgehend entfallen ist, hat der Präsident immer noch die unkontrollierte Befugnis, den Notstand auszurufen, und das Recht, Dekrete ohne Einschränkung zu erlassen, wenn dies für notwendig erachtet wird. Die Venedig-Kommission, das Beratungsgremium des Europarats für Verfassungsrecht, kommt zu dem Schluss, dass das neue Präsidialsystem „zu einer übermäßigen Konzentration der Exekutivgewalt in den Händen des Präsidenten und zu einer Schwächung der parlamentarischen Kontrolle dieser Macht führen wird“ und dass „die demokratische Rechenschaftspflicht des Präsidenten praktisch nicht gegeben ist“ (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht 2017).¹²⁵

Der organisatorische Umsturz ging auch mit der Entwicklung einer personalisierten Machtstruktur einher (Sommer 2016), in welchen Ernennungen auf der Grundlage der Loyalität gegenüber dem Führer erfolgen. Diese Entwicklung einer personalisierten Machtstruktur erstreckte sich auch auf die Armee. Das Militär, mit dem es die AKP anfangs zu tun hatte, war gefestigt, mächtig und zutiefst feindselig. Einige Jahre zuvor, im Jahr 1997, hatte es Ministerpräsident Necmettin Erbakan von der Wohlfahrtspartei (Refah Partisi), aus der die AKP hervorgegangen war, aus dem Amt gedrängt. Der Generalstab des Militärs „reagierte öffentlich auf Erklärungen oder Entscheidungen der Regierung“ und „griff direkt in die Präsidentschaftswahlen vom April 2007 ein, indem er auf seiner Website ein Memorandum

125 European Commission For Democracy Through Law, V.C., op. cit., 2017.

veröffentlichte, in dem er seine Besorgnis über die angebliche Schwächung des Säkularismus im Lande zum Ausdruck brachte“ (Communities 2007). Nach dem Ergenekon-Prozess (2008) und dem Vorschlagshammer-Prozess (Balyoz, 2010), in denen hochrangige Militärs, Gesetzgeber:innen und Journalist:innen wegen Verschwörung gegen den Staat und Planung eines Staatsstreichs angeklagt und aufgrund gefälschter Beweise durch die Arbeit von gülenistischen Staatsanwäl:tinnen und Richter:innen für schuldig befunden wurden, versuchte Erdoğan, die Kontrolle über das Militär zu erlangen, indem er ihm gegenüber loyale Offiziere ernannte (Gürsoy 2012; Cizre 2016).

In den Jahren der AKP-Herrschaft entwickelte die Partei auch eine neue politische Ökonomie, die auf Vetternwirtschaft und Wohltätigkeit anstelle von Bürgerrechten basiert.¹²⁶ Massive Bauprojekte wurden an AKP-nahe Geschäftsleute übergeben (Somer 2016). Grundstücksabtretungen und Enteignungen zu niedrigen Preisen wurden bei Projekten zur Entwicklung von Rentiers und zur Stadterneuerung eingesetzt, wie etwa in den Vierteln Tarlabası in Istanbul und Kadifekale in Izmir. Spektakuläre Infrastrukturprojekte wie eine dritte Brücke über dem Bosphorus und der Bau eines internationalen Hub-Flughafens nördlich von Istanbul waren sowohl Machtsymbole als auch Mittel zum Erhalt der Bauwählerschaft (Demirtaş-Milz und Saraçoğlu 2015) und bereicherten Geschäftskreise und parteinahe Eliten (Somer 2016). Der staatlich geförderte Bau von Sozialwohnungen, die Governmental Mass Housing Administration (*Toplu Konut İdaresi Başkanlığı*, TOKİ), wurde privatisiert und erhielt dann die alleinige Befugnis für die Erschließung von Grundstücken sowie

126 Im Zuge der Säuberungen nach dem Staatsstreich wurden die von der kurdischen Bewegung gegründeten Frauenkooperativen durch von der AKP ernannte Treuhänder geschlossen und die unter ihrem Dach stattfindenden Aktivitäten an die Wohltätigkeitsorganisation Frauen und Demokratie KADEM (Kadın ve Demokrasi Derneği) übergeben, deren Vizepräsidentin die Tochter von Präsident Erdoğan, Sümeyye, ist. Siehe <https://anfenglish.com/women/women-cooperative-in-guerpinar-handed-over-to-suemeyye-erdogan-20181>

den Bau von Wohnungen in AKP-regierten Gemeinden, die zum Teil aus dem Vermögen einer staatlichen Bank (Emlak Bankası) finanziert wurde – woraufhin sie als „staatliches, profitorientiertes Planungsinstrument“ fungierte, das die lokalen „morphologischen Strukturen“ zerstörte und „gleich aussehende Architektur und minderwertige Urbanität“ produzierte (Devrim 2016). So schrieb Mustafa Sönmez bereits 2012, dass „sämtliche Befugnisse“ im Bausektor, welche die nationale Wirtschaft ankurbelten, „unter der Regierungspartei konsolidiert“ worden seien, wobei die „herrschende Elite (...) nun in der Lage ist, nach Belieben immobilienbasierten Reichtum als Belohnungsmechanismus für die Unterstützung ihrer [Regierungs-] Politik zuzuweisen und zu verteilen“.¹²⁷ Der jüngste Plan sieht einen Staatsfonds vor, der durch die Mobilisierung von Staatsvermögen in Höhe von rund 200 Mrd. US-Dollar zur Finanzierung privater Infrastrukturprojekte gespeist wird.¹²⁸ Die AKP entwickelte auch verschiedene Geldtransferprogramme, eine neue Politik der Umverteilung, die viele der sozialen Aufgaben des Staates an die Partei und religiöse Wohltätigkeitsorganisationen auslagerte. Darüber hinaus scheint es, dass die Regierung nicht nur dort, wo Menschen verarmen, sondern auch dort, wo Menschen politisiert werden, wie im Fall der Kurd:innen, keine soziale Unterstützung leistet (Yörük 2012). Damit sind wir bei der zweiten Dimension des organisatorischen Umsturzes in der Türkei, der kurdischen Frage.

Die Befriedung der politischen Gesellschaft

Die „kurdische Frage“ in der Türkei ist eng mit dem Wesen der Beziehungen zwischen Bürger:innen und Staat bei der Kon-

127 www.reflectionsturkey.com/?p=489 (abgerufen am 09.10.2017).

128 Siehe zum Beispiel www.bloomberg.com/news/articles/2016-08-23. Für eine Darstellung der Beziehungen zwischen Kapital und Macht in der Türkei, siehe <http://mulksuzlestirme.org> (abgerufen am 09.10.2017).

struktion des Nationalstaates verwoben, in welchem der entstandene Staat zwanghaft versucht, sich vor seinen Bürger:innen zu schützen,¹²⁹ indem er ihre Identität überwacht, als ob der Ausdruck von Differenz eine Sicherheitsbedrohung darstellen würde. Die türkische Identität entwickelte sich als antagonistisch zur Religion, jedoch auch auf der Grundlage einer muslimischen Identität; so wurde der Muslim als „zukünftiger Türke“ betrachtet (Yeğen 2009). Während Kurd:innen, die ihre ethnische Identität zum Ausdruck brachten, als gefährliche Andere angesehen wurden, konnten sie als zukünftige Türk:innen betrachtet werden, wenn sie ihre muslimische Identität zum Ausdruck brachten. Der sunnitische Islam wurde als verbindend angesehen und wurde zur Grundlage der türkisch-islamischen Synthese, die aus der extremen nationalistischen Bewegung in den 1970er Jahren hervorging und in den 1980er Jahren zur Staatsideologie wurde (Eligür 2010). Zusammen mit der Errichtung des Nationalstaates wurde daher i) die Staatsbürgerschaft zur Definition einer Beziehung zwischen einem Subjekt und dem Staat, die auf der Idee der Loyalität gegenüber dem Staat beruht, und ii) wurde die ethnisch-religiöse Identität zu einem Marker für Ausgrenzung (Isin 2002a). Große Teile des Südostens standen seit der Gründung der Republik im Jahr 1923 die meiste Zeit unter Notstandsgesetzen oder einem Ausnahmezustand (Jongerden 2007). Der Mangel an Raum für echte politische Meinungsäußerung gab schließlich der PKK Auftrieb (Bozarslan 2004), die ab Ende der 1980er Jahre die kurdische politische Landschaft in der Türkei dominierte (Güneş 2012).

Obwohl die PKK als politische Partei auftrat, die den bewaffneten Kampf führte, sollte ihr Kampf im Sinne eines Kampfes um Anerkennung und Bürgerrechte definiert werden. In diesem Zusammenhang müssen wir Staatsbürgerschaft in Bezug

129 Siehe das Interview mit Elif Şafak in *Der Spiegel*, <http://www.spiegel.de/international/world/turkish-author-elif-shafak-on-society-under-erdogan-a-1066223.html> (abgerufen am 09.10.2017).

auf Umfang, Inhalt und Tiefe unterscheiden (Isin 2002a und 2002b; Meijer und Butenschön 2017). Umfang betrifft die Frage der formalen Staatsbürgerschaft und befasst sich mit der Frage, wer als Staatsbürger:in zählt; in diesem Zusammenhang definiert er die Verweigerung der Zugehörigkeit, die auch als „konstitutives Außen“ (Laclau und Mouffe 2001) oder „konstitutiver Ausschluss“ (Butler 2015) bezeichnet wird und sich auf diejenigen bezieht, die als außerhalb der Kategorie „das Volk“ stehend betrachtet werden und daher möglicherweise der Ausweisung, Assimilation und Ermordung unterliegen. Der Inhalt bezieht sich auf die Rechte und Pflichten, die die Bürger:innen haben, wie z. B. das politische Recht auf Versammlungs-, Selbstverteidigungs- und Vereinigungsfreiheit und die bürgerlichen Rechte, wie z. B. das Recht auf freie Meinungsäußerung, sowie die Bedingungen, unter denen diese Rechte ausgenommen oder ausgeübt werden. Der Begriff „Tiefe“ bezieht sich auf das, was man als „aktive Bürgerschaft“ oder „Selbstorganisation“ bezeichnen könnte.

Der Umfang der Staatsbürgerschaft wurde in dem Drängen der kurdischen Bewegung auf eine neue Verfassung angesprochen, deren Ausarbeitung als ein Weg angesehen wurde, mit ihrer Identifizierung als konstitutive Außenseiter/Ausgrenzung umzugehen. Mit anderen Worten, die Bewegung für eine neue Verfassung strebte die Abschaffung der Gleichsetzung von Staatsbürgerschaft mit ethnischer Zugehörigkeit und stattdessen die Einführung eines Konzepts der Zivilbürgerschaft an. Der Inhalt der Staatsbürgerschaft sollte u. a. kulturelle Rechte beinhalten. Das Recht, die kurdische(n) Sprache(n) zu sprechen und zu unterrichten, stand an erster Stelle, insbesondere die Anerkennung und Sicherung der Grundbildung in kurdischer Sprache. Die Tiefe beinhaltete die Forderung nach Stärkung lokaler Verwaltung.

In der 2010 angenommenen neuen Verfassung, die von der AKP ausgearbeitet worden war, wurde die Frage der Staats-

bürgerschaft nicht behandelt (Larrabee und Tol 2011), aber die kurdische Bewegung hatte Fortschritte gemacht und macht sie auch weiterhin. Auch wenn sich Inhalt und Umfang der Staatsbürgerschaft formal nicht änderten, so tat dies doch ihre Tiefe, als Ergebnis des ständigen Drängens der kurdischen Bewegung auf Veränderungen. Dies äußerte sich nicht nur in spezifischen Rechtsansprüchen (Secor 2004) – wie dem Versammlungsrecht (einschließlich politischer Kundgebungen) und dem Recht auf kulturellen Ausdruck im öffentlichen Raum (z. B. das Singen kurdischer Lieder auf der Bühne) –, sondern auch in dem umfassenderen, grundlegenden Recht, im öffentlichen Raum zu erscheinen und sichtbar und hörbar zu sein, präsent zu sein und anerkannt zu werden, eine Stimme zu haben (Butler 2015). So etablierte sich die kurdische Bewegung als eine Bürgerrechtsbewegung.¹³⁰ Sie organisierte sich in und als Arbeiter:innen-, Frauen-, kulturelle und legale politische Bewegung, was der kurdischen Bewegung als Ganzes eine legitime Struktur und einen neuen Zugang zum nationalen und internationalen Publikum verschaffte.

Eine legale politische Partei war Teil dieser Bewegung der Bewegungen. In politischer Hinsicht steigerte diese legale Partei (die nacheinander verboten und reformiert/umbenannt wurde) bei fast jeder Wahl die Zahl der gewonnenen Stimmen, der kontrollierten Gemeinden und der ins Parlament zurückgekehrten Abgeordneten, ein Prozess, der in dem bahnbrechenden Wahlsieg vom Juni 2015 gipfelte, als die HDP mehr als 13 Prozent der Stimmen erhielt und 80 Sitze im Parlament erlangte. Als unmittelbare Folge dieses Durchbruchs – der zum Teil auf das

130 Die kurdische Bewegung ist mehr als ein Kampf für die Rechte der Kurden, sondern ein Kampf für einen radikalen demokratischen Neuaufbau der Gesellschaft. Wie Martin Luther King sagte: „Die Schwarze Revolution ist viel mehr als ein Kampf für die Rechte der *Negroes*. Sie zwingt Amerika, sich all seinen zusammenhängenden Fehlern zu stellen – Rassismus, Armut, Militarismus und Materialismus. Sie deckt Übel auf, die tief in der gesamten Struktur unserer Gesellschaft verwurzelt sind ... und legt nahe, dass ein radikaler Umbau der Gesellschaft das eigentliche Problem ist, dem wir uns stellen müssen“ (zitiert aus Hall 2005, S. 1233).

Versprechen des Vorsitzenden Selahattin Demirtaş zurückzuführen ist, Erdogans Vorstoß für das Präsidialsystem zu blockieren, der die linke und liberale Opposition außerhalb der kurdischen Basis zusammenführte – verlor die regierende AKP die absolute Mehrheit, die sie seit ihrer Machtübernahme im Jahr 2002 innehatte. Im Jahr 2009 war eine von der AKP geführte „kurdische Öffnung“ in Erwägung gezogen worden und war rasch gescheitert. Nun hat das Wahlergebnis vom Juni 2015 gezeigt, dass die HDP die Möglichkeit hat, eine „türkische Öffnung“ zu vollziehen und Wähler:innen im Westen der Türkei für eine säkulare, fortschrittliche und multikulturelle Politik zu mobilisieren und zu gewinnen. Die Stärke der AKP im Parlament bot jedoch immer noch die Mehrheit für eine Fortsetzung des Organisationsputsches durch die Ermächtigung der Exekutive (Bermeo 2016).

Da die AKP nach den Wahlen im Juni 2015 nicht mehr in der Lage war, eine Einparteienregierung zu bilden und ihre Vorherrschaft weiter auszubauen, formulierte sie zwei Maßnahmen. Erstens verhinderte der Präsident, der nicht bereit war, die Macht zu teilen, die Bildung einer Koalitionsregierung (mit oder ohne die AKP) und kündigte dann für November weitere Wahlen an, um die HDP politisch zu neutralisieren. Zweitens zog er die militärische Karte und begann Militäroperationen gegen PKK-Stützpunkte in Südkurdistan/Nordirak. Dies kann als ein gewaltsames Vorgehen der AKP gegen die politische Macht der HDP betrachtet werden. Als direkte Reaktion auf den politischen Erfolg der kurdischen Bewegung machte die AKP die kurdische Frage wieder zu einer Sicherheitsfrage. Diese Sicherheitsfrage wird mit militärischen und politischen Mitteln, mit der Kontrolle über das politische Spielfeld und mit Waffen angegangen. Es handelt sich also nicht um einen Krieg gegen den Terror, sondern um einen Krieg gegen die Politik.

Durch die Kontrolle über die staatlichen Exekutivorgane war Erdoğan in der Lage, die Wahlen vom Juni effektiv zu

annullieren und eine neue Wahl in einem Klima der Angst und des Terrors zu organisieren. Dies ermöglichte ein Rollback der türkischen Nationalist:innen, da ein großer Teil der AKP-Wähler:innen, die zur Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung, MHP) gegangen waren, nun „zurückkehrten“. Die HDP wiederholte ihren Erfolg vom Juni im November, wobei sich ihr Stimmenanteil nicht wesentlich verringerte – trotz des Wiederaufflammens des Konflikts (der von den von der Regierung dominierten Medien der PKK angeleitet und somit mit der HDP in Verbindung gebracht wurde) und trotz einer Kampagne der Gewalt und Einschüchterung gegen die lokalen Büros und Wahlkampfaktivitäten der HDP. Der Höhepunkt dieser Kampagne war der doppelte Bombenanschlag auf die von der HDP und mehreren Gewerkschaften organisierte Kundgebung „Arbeit, Frieden und Demokratie“ in Ankara, bei dem 109 Menschen getötet und Hunderte verletzt wurden. Während sich die MHP im Parlament halbierte, konnte die AKP ihre Gesamtmehrheit zurückgewinnen.

Nach der Annullierung der Wahlen vom Juni 2015 und der Wiederaufnahme der kurdischen Frage als Sicherheitsfrage, bekräftigte die kurdische Bewegung ihre Entschlossenheit, sich selbst zu organisieren. Diese Selbstverwaltung, die sich bereits seit der zweiten Hälfte der 2000er Jahre in Form von Versammlungen auf Dorf-, Stadtteil-, Bezirks-, Stadt- und Regionalbene entwickelt hatte, war eine Möglichkeit, die Probleme, mit denen die Menschen in ihrem täglichen Leben konfrontiert sind, zu definieren und zu bewältigen und so in einer Situation struktureller Unterdrückung politisch zu handeln. In der zweiten Hälfte des Jahres 2015 und in der ersten Hälfte des Jahres 2016 und als Ergebnis der gewaltsamen Reaktion der kurdischen Bewegung auf die Gewalt der AKP und des Staates wurde die militärische Dimension jedoch überbetont. Der physische städtische Widerstand der kurdischen Bewegung gegen die Staatsgewalt wurde in der ersten Jahreshälfte 2016 nieder-

geschlagen. Die überwältigende Gewaltausübung des Staates diente dazu, die Barrikaden und Gräben zu durchbrechen, die eine militante Jugend unter der Leitung einer professionellen Guerilla quer durch die Straßen errichtet hatte, um suburbane Territorien oder Zonen der Selbstverwaltung zu schaffen. Diese Militarisierung der Selbstverteidigung wurde von vielen Einheimischen kritisiert, aber in erster Linie aus rein funktionalen Gründen, da sie die staatliche Gewalt in einen Krieg einlud, der nicht zu gewinnen wäre. Natürlich wurden Oppositionsgebiete identifiziert, die dann ins Visier genommen werden konnten; Schulen wurden geschlossen und die Bevölkerung vor die Wahl gestellt, entweder zu verschwinden oder die Konsequenzen zu tragen, wie auch immer diese aussehen würden. Über mehreren kurdischen Städten wurden Ausgangssperren verhängt, die von Zehntausenden von Sicherheitskräften verschiedener Behörden (reguläre Armee, Sonderpolizei, staatlicher Geheimdienst) durchgesetzt wurden, begleitet von der Entsendung obskurer Spezialeinheiten wie den „Löwen von Allah“-Teams (*Eseddulah Timleri*). Im Widerstand wurden Handfeuerwaffen, Sprengfallen und Tunnel eingesetzt; der Staat zerstörte mit schwerem Beschuss Wohngebiete, verhinderte durch Scharfschützenfeuer, dass Menschen ins Krankenhaus kamen oder ihre Toten beerdigten, und es kam zu einer ganzen Reihe weiterer Übergriffe und Verbrechen, die bis zum Einsatz von Vergewaltigungen als Terrorinstrument und Massakern durch Verbrennen bei lebendigem Leib reichten. Den verschiedenen staatlichen und außerstaatlichen Kräften wurde praktisch ein Freibrief für die Säuberung der Gebiete ausgestellt, ungehindert von rechtlichen Bedenken und begünstigt durch eine Nachrichtensperre. Am Ende waren ganze Stadtteile in Schutt und Asche gelegt worden (die nun weitere Möglichkeiten für profitorientierte Stadtumbauten bieten).

Im Sommer kam es dann zum gescheiterten Putsch, der der Exekutive zusätzliche Munition für den Umgang mit der kur-

dischen Bewegung verschaffte. Der Ausnahmezustand wurde mit der AKP-Mehrheit im Parlament kombiniert, um die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten und die Auswahl von Personen für die Leitung von Gemeinden zu erreichen. In der Folge wurden insgesamt 13 HDP-Abgeordnete verhaftet und in 93 der 102 von der HDP geführten Gemeinden zogen von der Regierung ernannte Treuhänder ein (Baydar 2016). 70 Co-Bürgermeister:innen befanden sich im Oktober 2017 im Gefängnis. Wie oben angedeutet, kann dies selbst als (Teil-)Putsch der Exekutive gegen die Legislative und der Zentralregierung gegen die Kommunalverwaltung gewertet werden.

Fazit

Es wird gemeinhin argumentiert, dass die AKP eine Phase des Aufstiegs und dann des Niedergangs in Bezug auf gute Regierungsführung, eine Liberalisierung und dann eine Verschärfung durchlief. Hier habe ich argumentiert, dass der allgemeine Kurs der AKP darin bestand, die Macht zu zentralisieren und den Parteienstaat auszubauen. Reformen waren ein Mittel zur Machtergreifung, nicht zur Demokratisierung. Was sich in der Türkei entwickelt hat, ist eine Form des Autoritarismus, der sich um die Person Erdoğan herum entwickelt hat, der versucht hat, seinen Griff auf Partei und Staat zu festigen, indem er Familienmitglieder und Kumpane in Schlüsselpositionen eingesetzt hat. Dies war jedoch nicht das Ergebnis der Reaktionen auf den Putschversuch von 2016, sondern ein Merkmal von Erdoğan's Politik seit mindestens 2011. Es mag zwar bequem sein, den Putschversuch als Zäsur zu betrachten und an eine entgleiste Demokratie zu denken, aber das hindert uns daran, kritische Fragen zu stellen, zum Beispiel nach der Rolle der EU-Unterstützung oder liberaler Intellektueller beim Erstarken des Autoritarismus in der Türkei in der AKP-Ära.

Es mag den Anschein haben, dass es verschiedene Punkte auf dem Weg gab, an denen Erdoğan und sein Umfeld einen Rückzieher hätten machen können und an denen Persönlichkeiten in der Partei einen unabhängigen, prinzipientreuen Standpunkt hätten einnehmen können, dies aber nicht taten – die Unterdrückung der Gezi-Park-Proteste ist ein offensichtlicher Punkt. Die Weigerung, nach den Wahlen im Juni 2015 eine Einigung herbeizuführen, ein weiterer und die Fixierung auf das Vorantreiben der ermächtigten Präsidentschaft der letzte. Gleichmaßen hätte der Präsident den Friedensprozess mit den Kurd:innen während der Amtszeit von Davutoğlu als Premierminister nicht einseitig beenden müssen. Nach unserer Lesart waren diese Punkte jedoch weniger verpasste Gelegenheiten als vielmehr Phasen, die den Prozess des organisatorischen Umsturzes offenbarten, Punkte, an denen der „Wille zur Macht“ offen zutage trat. Der Mangel an Kompromissen und der Wunsch nach vollständiger Kontrolle sind keine neuen Merkmale der AKP-Ära.

Es wurde ein Lösungsprozess eingeleitet, aber als Mittel, um die kurdische Bewegung mit politischen Mitteln zu besiegen, nicht als Mittel, um die kurdische Frage zu lösen. Reformen wurden von Repressionen begleitet, während gleichzeitig versucht wurde, fromme und konservative Kurd:innen mit einem religiösen Anspruch auf Einheit zu gewinnen. Als die kurdische Bewegung schließlich zu einer politischen Kraft auf nationaler Ebene wurde, die die Ambitionen des Präsidenten vereitelte, wurde sie gewaltsam angegriffen und der Krieg in den Städten eröffnet, um die Wahlen zu gewinnen. Heute wird die politische Opposition im Südosten unterdrückt, und das Land ist wieder zu einer Sicherheitszone mit Straßensperren und Morden geworden, in der die türkischen Staatstruppen erneut zu glauben scheinen, dass sie durch Dominanz und Ausrottung „gewinnen“ können. Diese Gewalt in der Türkei, die sich über die südlichen und östlichen Grenzen ausbreitet,

ist das direkte Ergebnis einer gezielten AKP-Politik, um die kurdische Bewegung als militärische Bewegung zu (re-)produzieren, sodass sie mit Gewalt statt auf politischem Wege bekämpft werden kann – und dies als Teil einer Strategie der Instrumentalisierung für nationale(re) Zwecke, die ihrerseits darauf abzielt, die vollständige Kontrolle über den Staat zu erlangen und zu erhalten.

Der gegenwärtige „Demokratieabbau“ oder Rückschritt bei Rechten und Rechtsstaatlichkeit sollte daher nicht als (bloßes) Attribut der Nachwirkungen des Putsches betrachtet werden. Die Vorstellung, dass ein Demokratisierungsprozess in der Türkei nach dem Putsch entgleist oder unterbrochen worden sei, nährt nur den Mythos, dass es einen solchen Prozess der Demokratisierung vor dem Putsch gegeben habe. In diesem Artikel habe ich argumentiert, dass die Reformen, die oft als „Demokratisierung“ dargestellt werden, eher Instrumente waren, die von der AKP opportunistisch eingesetzt wurden, um den Staat zu erobern, ihn einer kemalistischen Elite zu entreißen und eine kurdische Bewegung zurückzudrängen und einzudämmen, die sich für eine pluralistische Bürgerschaft und die Stärkung der Bürgerrechte einsetzte. Diese haben sich nun in einen offenen Autoritarismus verwandelt, in dem ein Regime der Ausnahmen, das den Kurd:innen und der Region Kurdistan in der Türkei nicht unbekannt ist, zur Norm geworden ist, das Besondere verallgemeinert. Das ist es, was ich als „organisatorischen Putsch“ bezeichnet habe.

Quellen

Ahmad, Feroz: *The Making of Modern Turkey*, London 1993.

Akyol, Mustafa: „How Ataturk became a model for Erdoğan“, in: *Monitor*, 23.10.2016.

Amnesty International: „Turkey: Human rights in grave danger following coup attempt and subsequent crackdown“, in: *Amnesty International*, 2016.

- Amnesty International: „Turkey’s crackdown on human rights“, in: *Amnesty International*, 2017.
- Bahcheli, Tozun und Noel, Sid: *The Justice and Development Party and the Kurdish Question*, in: Casier, Marlies und Jongerden, Joost (Hrsg.): *Nationalisms and Politics in Turkey: Political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue*, London 2010. S. 101–120.
- Baydar, Yavuz: „How the Failed Putsch in Turkey Evolved into a Counter-coup“, in: *Südosteuropa Gesellschaft*, 4, 2016, S. 6–15.
- Bermeo, Nancy: „On Democratic Backsliding“, in: *Journal of Democracy*, 27(1), 2016, S. 5–19.
- Bozarslan, Hamit: *Violence in the Middle East, the political struggle to self-sacrifice*, Princeton 2004.
- Butler, Judith. *Notes towards a Performative Theory of Assembly*, Cambridge 2015.
- Centre for Policy Research on Turkey: „An Overview of Post-Coup Attempt Measures in Turkey“, in: *Research Turkey*, 10.04.2017.
- Cinar, Menderes: *Turkey’s Present Ancien Regime and the Justice and Development Party*, in: Casier, Marlies und Jongerden, Joost (Hrsg.): *Nationalisms and Politics in Turkey: Political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue*, London 2010. S. 11–27.
- Cizre, Ümit: „Turkey in a Tailspin: The Foiled Coup Attempt of July 15“, in: *MERIP*, 10.08.2016.
- Cizre, Ümit: „Fear and Loathing in Turkey: The Backstory to Erdoğan’s Referendum“, in: *Middle East Report*, 26.04.2017.
- Commission of the European Communities: *Turkey 2007 Progress Report*, Brüssel 2007.
- Demirel, Tanel: „Lessons of Military Regimes and Democracy: The Turkish case in a comparative perspective“, in: *Armed Forces and Society*, 31(2), 2005, S. 245–271.
- Demirtaş-Milz, Neslihan und Saraçoğlu, Cenk: *Space, Capitalism and Kurdish Migrants in Izmir: An Analysis of Kadifekale’s Transformation*, in: Gambetti, Zeynep und Jongerden, Joost (Hrsg.): *The Kurdish Issue in Turkey: A Spatial Perspective*, London 2015. S. 185–212.
- Devrim, Isikkaya Ali: „Housing Policies in Turkey: Evolution of TOKI (Governmental Mass Housing Administration) as an Urban Design Tool“, in: *Journal of Civil Engineering and Architecture*, 10, 2016, S. 316–326.
- Eligür, Banu: *The Mobilization of Political Islam in Turkey*, Cambridge 2010.

- Esen, Berk und Gumuscu, Sebnem: „Rising Competitive Authoritarianism in Turkey“, in: *Third World Quarterly*, 37(9), 2016, S. 1581–1606.
- European Commission: *Key findings of the 2016 Report on Turkey*, Brüssel 2016.
- European Commission For Democracy Through Law, V.C.: *On the Amendments on the Constitution Adopted by the Grand National Assembly on 21 January 2017 and to be Submitted to a National Referendum on 16 April 2017*, Straßburg 2017.
- Gunter, Michael: „Erdogan and the Decline of Turkey“, in: *Middle East Policy*, 23(4), 2016, S. 123–135.
- Güneş, Cengiz: *The Kurdish National Movement in Turkey: From Protest to Resistance*, London 2012.
- Gürcan, Metin und Gisclon, Megan: *From Autonomy to Full-fledged Civilian Control: The Changing Nature of Turkish Civil-Military Relations after July 15*, Istanbul 2016.
- Gürsoy, Yaprak: „The changing role of the military in Turkish politics: democratization through coup plots?“, in: *Democratization*, 19(4), 2012, S. 735–760.
- Hall, Jacquelyn Dowd: „The Long Civil Rights Movement and the Political Uses of the Past“, in: *Journal of American History*, 91(4), 2005, S. 1233–1263.
- Human Rights Watch: „Turkey: Emergency Decrees Facilitate Torture“, in: *Human Rights Watch*, 2016a.
- Human Rights Watch: „Silencing Turkey’s Media: The Government’s Deepening Assault on Critical Journalism“, in: *Human Rights Watch*, 2016b.
- Human Rights Watch: „Turkey: Crackdown on Kurdish Opposition“, in: *Human Rights Watch*, 2017a.
- Human Rights Watch: „Turkey: Alarming Deterioration of Rights, Coup Attempt No Justification for Crackdown on Peaceful Critics“, in: *Human Rights Watch*, 2017b.
- Human Rights Watch: „Questions and Answers: Turkey’s Constitutional Referendum“, in: *Human Rights Watch*, 2017c.
- Isin, Engin F.: *Citizenship Studies: An introduction*, in: Isin, E.F. Und Turner, B. (Hrsg.): *Handbook of Citizenship Studies*, London 2002a, S. 1–10.
- Isin, Engin F.: *Being Political: Genealogies of Citizenship*, Minneapolis 2002b.

- İçener, Zeyneb Çağlıyan: „July 15: The Siege of Democracy in Turkey and the People’s Unprecedented Resistance“, in: *Bilig*, (79), 2016, S. 107–128.
- Jongerden, Joost: *The Settlement Issue in Turkey and the Kurds: an Analysis of Spatial Policies, Modernity and War*, Leiden und Boston 2007.
- Karaosmanoglu, Ali L.: „The Evolution of the National Security Culture and the Military in Turkey“, in: *Journal of International Affairs*, 54(1), 2000, S. 199–216.
- Laclau, Ernesto und Mouffe, Chantal: *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*, London 2001.
- Larrabee, Stephen F. und Tol, Gonul: „Turkey’s Kurdish Challenge“, in: *Survival: Global Politics and Strategy*, 53(4), 2011, S. 143–152.
- Meijer, Roel und Butenschön, Nils: *Introduction: The Crisis of Citizenship in the Arab World*, in: Meijer, Roel und Butenschön, Nils (Hrsg.): *The Crisis of Citizenship in the Arab World*, Leiden 2017, S. 1–39.
- Müftüler-Baç, Meltem: *Judicial Reform in Turkey and the EU’s Political Conditionality: (Mis)Fit between Domestic Preferences and EU Demands*, Berlin 2016.
- Powell, Jonathan M. und Thyne, Clayton L.: „Global instances of coups from 1950 to 2010: A new dataset“, in: *Journal of Peace Research*, 48(2), 2011, S. 249–259.
- Regnard, Christophe: „Turkey: The End of the Rule of Law“, in: *Research Turkey*, 5(11), 2016, S. 16–22.
- Secor, Anna: „There Is an Istanbul That Belongs to Me’: Citizenship, Space, and Identity in the City“, in: *Annals of the Association of American Geographers*, 94(2), 2004, S. 352–368.
- Somer, Murat: „Understanding Turkey’s Democratic Breakdown: Old vs. New and Indiginous vs. Global Authoritarianism“, in: *South-East European and Black Sea Studies*, 16(4), 2016, S. 481–503.
- Somer, Murat: „Conquering versus Democratizing the State: Political Islamists and Fourth Wave Democratization in Turkey and Tunisia“, in: *Democratization*, 24(6), 2017, S. 1025–1043.
- Toksöz, Meltem: „Turkey’s Democracy is Currently Losing its Way“, in: *Research Turkey*, 5(10), 2016, S. 26–29.
- Yeğen, Mesut: „Prospective-Turks’ or ‚Pseudo-Citizens’: Kurds in Turkey“, in: *Middle East Journal*, 63(4), 2009, S. 597–615.
- Yörük, Erdem: „Welfare Provision as Political Containment: The Po-

- litics of Social Assistance and the Kurdish Conflict in Turkey“, in: *Politics & Society*, 40(4), 2012, S. 517–547.
- Zald, Mayer N. und Berger, Michael A.: „Social Movements in Organizations: Coup d’Etat, Insurgency, and Mass Movements“, in: *American Journal of Sociology*, 83(4), 1978, S. 823–861.
- Zürcher, Erik J.: *Turkey: A Modern History*, London und New York 2004.

Internetquellen

- <https://www.theverge.com/2016/7/16/12205698/turkey-uprising-text-message-sms-streets-democracy> (accessed on 9 October 2017).
- <http://www.al-monitor.com/pulse/en/originals/2016/06/turkey-private-security-companies-on-the-rise.html> (accessed on 9 October 2017).
- <http://bianet.org/english/politics/177508-police-raid-on-no-to-coup-watch-of-hdp-dbp> (accessed on 9 October 2017).
- <http://www.bbc.com/news/world-europe-36818401> (accessed on 9 October 2017).
- <http://www.mynet.com/haber/politika/erdogan-pazara-kadar-geldiler-sonra-trenden-indiler-3019591-1> (accessed on 9 October 2017).
- <https://www.marxists.org/reference/archive/stalin/works/1924/foundations-leninism/ch08.htm>; (accessed on 9 October 2017).
- <http://www.akpartituzla.com/habergoster.aspx?ID=1420> (accessed on 9 October 2017).
- <https://anfenglish.com/women/women-s-cooperative-in-guerpinar-handed-over-to-suemeyye-erdogan-20181>
- www.reflectionsturkey.com/?p=489 (accessed on 9 October 2017).
- www.bloomberg.com/news/articles/2016-08-23.
- <http://mulksuzlestirme.org> (accessed on 9 October 2017).
- <http://www.spiegel.de/international/world/turkish-author-elif-shafak-on-society-under-erdogan-a-1066223.html>; (accessed on 9 October 2017).